

Budgetbericht für das Gesamtbudget Personal

Haushaltsjahr: 2023

Stichtag: 30.06.2023

Verantwortliche(r):

1. Entwicklung des Gesamtbudgets Personal

	Betrag
Personalkosten bis 31.07.2023	10.426.832 Euro
+ Personalkostenhochrechnung 08/23 – 12/23	+ 9.532.710 Euro
+ Beihilfen für aktive Beamte + Rückstellungen für Beihilfen und Pensionen der aktiven Beamten	+ 1.578.920 Euro
= vor. Personalkosten 2023	21.538.462 Euro
./. geplante Personalkosten (ohne Pensionäre)	./. 23.051.910 Euro
voraussichtliche Nichtinanspruchnahme	1.513.448 Euro

Die Daten wurden aus dem Personalplanungssystem übernommen, hochgerechnet und stichprobenartig überprüft. Die Daten sind daher als Näherungswerte zu verstehen und werden zum Jahresende davon abweichen.

2. Budgetabwicklung

Das Budget wird entsprechend der Veranschlagung abgewickelt.

Innerhalb des Gesamtpersonalbudgets ergeben sich bisher folgende Veränderungen:

Aufgrund der frühen Personalkostenplanung in 07/2022 für 2023 sind alle zusätzlichen Stellen laut Stellenplan 2023 (insg. 28,5 VZÄ) für das ganze Jahr bei der Planung durchgerechnet worden, da zu diesem Zeitpunkt unklar war, inwiefern die Stellen durch die Nutzung von Poolstellen oder evtl. Vorabausschreibung besetzt sind. Da die zusätzlichen Stellen überwiegend jedoch erst im Laufe des Haushaltsjahres besetzt wurden/werden, ergibt sich eine deutliche Ersparnis.

Die endgültigen Gesamtpersonalkosten im Jahresabschluss werden von dem hochgerechneten Wert voraussichtlich noch deutlich abweichen. Dennoch ist eine Tendenz ablesbar. Die für eine hohe Genauigkeit erforderliche unterjährige Überprüfung jedes einzelnen von Veränderungen betroffenen Personalfalles auf die Finanzauswirkungen ist zeitlich nicht gerechtfertigt und brächte auch keinen Erkenntnisgewinn.

Die Besoldungserhöhung steht bei den Beamten ab dem 01.10.2023 noch an.

Aufgrund von Tarifverhandlungen und erst anschließender Umsetzung im Landesbesoldungsgesetz könnte die Nachzahlung erst nach dem Jahresabschluss 2023 erfolgen. Daher ist in der Darstellung nur die damalige geplante Erhöhung ab 01.10. im Jahresschnitt in Höhe von 3,0 % enthalten.

3. Budgetabschluss/ Gesamtbeurteilung

Wird der Budgetrahmen eingehalten?

Ergebnisplan

ja

nein

Unterschrift

Budgetverantwortliche(r):

Dezernent(in):

K. Müller

Elia Diekmann

Betrag	
10.458.802 Euro	Personalarbeit bis 31.07.2023
+ 8.532.710 Euro	+ Personalnebenkosten (GdV + GdV)
+ 1.578.932 Euro	+ Beiträge für aktive Beamte + Rückstellungen für Beamten und Pensionen der akt. Beamtinnen
21.568.442 Euro	Personalkosten 2023
1.589.810 Euro	geplante Personalnebenkosten (ohne Personals)
1.872.448 Euro	vorausgeschätzte Nichtpersonalkosten

Die Daten wurden aus dem Personalplanungssystem übernommen. Indirekt und abhängig davon sind die Daten und damit die Nebenwerte zu verstehen und werden zum Jahresende davon abweichen.

2. Budgetentwicklung

Das Budget wird entsprechend der Vereinbarung zugewetzt.
 Innerhalb des Gesamtbudgets ergeben sich bisher folgende Veränderungen:
 Aufgrund der neuen Personalnebenkostenplanung in 2023 für 2023 sind alle zentralen Stellen laut Stellenplan 2023 (mag. 28.6 VZA) für das ganze Jahr bei der Planung durchgerechnet worden. Es zu diesen 28.6 VZA war inwiefern die Stellen durch die Nutzung von Positionen oder evtl. Vorüberlassung besetzt sind. Da die zu existieren Stellen gegenüber jedoch erst im Laufe des Haushaltsjahres besetzt wurden, ergibt sich eine deutliche Erhöhung.
 Die bisherigen Gesamtbudgetdaten im Haushaltsabschluss werden von dem hochgerechneten Wert vorausichtlich noch deutlich abweichen. Dennoch ist eine Leistungsschritt für eine hohe Genauigkeit erforderlich. Insbesondere hinsichtlich jeder einzelnen von Veränderungen ist ein Fortschritt auf die Personalnebenkosten ist zeitlich nicht erforderlich und könnte auch keine Ermittlung sein.
 Die Besetzung der Stellen ist bei den Beamten ab dem 01.10.2023 noch im Aufwuchs von Teilzeitarbeitern und erst anschließend Umsetzung im Landesrechnungswesen. Die Nachstellung erst nach dem Jahresabschluss 2023 erfolgt. Daher ist in der Darstellung nur die damalige geplante Erhöhung ab 01.10. im Jahresbericht in Höhe von 3,0 % einzuzeichnen.